



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 09.08.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

An Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 3.000, nicht Hunderte Geflüchtete wie im letzten Pressespiegel geschrieben, lagern in Serbien an der Grenze zu Ungarn. Die ungarische Regierung lässt pro Tag 15 Menschen die Transitzone passieren.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-gestrandet-auf-der-balkanroute.795.de.html?dram:article_id=362102 (04.08.16)
- Aus Syrien geflüchtete Kinder und Jugendliche erhalten nach Angaben des Overseas Development Institute in hoher Zahl keine Schulbildung in den Staaten Jordanien, Libanon und Türkei. Der Thinktank rechnet mit einer Million Kindern. Viele von ihnen müssten arbeiten um die Familie mit zu finanzieren. Das Institut spricht von einer verlorenen Generation und der Gefahr der Radikalisierung.
<http://www.spiegel.de/schulspiegel/fluechtlinge-kinder-aus-syrien-koennen-nicht-zur-schule-gehen-a-1105911.html> (03.08.16)
- Aleppo ist nach wie vor hart umkämpft, dem syrischen Regime sich widersetzende Gruppen haben den Belagerungsring um die Stadt gebrochen. Dennoch können die 300.000 eingeschlossenen Menschen nicht fliehen, die Routen seien immer noch unsicher. Humanitäre Organisationen schätzen, dass die Lebensmittelversorgung noch einen weiteren Monat aufrecht gehalten werden könne. Bereits jetzt ist die medizinische Infrastruktur weitestgehend zerstört. Zwar sprechen das Regime und das mit ihm verbündete Russland davon, dass Fluchtkorridore eingerichtet worden seien, doch auch dies kritisieren die humanitären Organisationen. Die Menschen in der Stadt hätten nur die Wahl, in die Arme ihrer Angreifer zu fliehen oder in den belagerten und bombardierten Stadtteilen zu bleiben.
<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-aleppo-115.html> (03.08.16)
- Fast überall im Südsudan wird gekämpft, 200.000 Menschen befinden sich innerhalb des Landes auf der Flucht, in den Geflüchtetenlagern ist die Cholera ausgebrochen, die Sterblichkeit ist ungewöhnlich hoch, humanitäre Organisationen sind in ihrer Arbeit extrem eingeschränkt. Die von der UN entsandten Soldat*innen sind nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Truppe soll verstärkt ausgerüstet werden. Außerdem entsenden ostafrikanische Staaten 4.000 weitere Soldat*innen. Hintergrund ist der Machtkonflikt zwischen Präsident Salva Kiir und dem inzwischen entlassenen Vizepräsidenten Riek Machar.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/buergerkrieg-im-suedsudan-neue-truppen-aber-kein-frieden-im-suedsudan/13986420.html> (08.08.16)

- Die Büros des türkischen Forschungsrats Tübitak wurde von der Polizei durchsucht, es kam zu Verhaftungen von Wissenschaftler*innen. Zum Zeitpunkt der Stürmung gibt es widersprüchliche Angaben – von Sonntag vorvergänger Woche oder Mittwoch vergangener Woche ist die Rede.
<http://www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-polizei-st%C3%BCrmt-wissenschaftszentrum/a-19445773> (03.08.16)
<http://www.nzz.ch/international/nahost-und-afrika/saeuberungswelle-in-der-tuerkei-durchsuchung-und-festnahmen-bei-tuerkischem-forschungsrat-ld.108884> (03.08.16)
Sehr eindrücklich beschreibt Götz Hamann in der *Zeit*, wie die Verhaftungen von Journalist*innen sowie die Verbote von 45 Zeitungen, 15 Zeitschriften, 20 Internetseiten, 23 Radio- und 16 Fernsehsendern sowie von drei Nachrichtenagenturen die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei zerschlagen:
<http://www.zeit.de/2016/33/tuerkei-europa-medien-meinungsfreiheit-saeuberung> (05.08.16)
- Auch in Polen gerät die Pressefreiheit unter Druck, die Regierung allein kann nun Positionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk direkt besetzen, unliebsame Journalist*innen wurden entlassen. Die Regierung schottet sich generell gegenüber Berichterstattenden ab.
<http://www.berliner-zeitung.de/kultur/medien/pressefreiheit-in-polen-grundsatzliches-misstrauen-24519750> (07.08.16)

Bund, Land, Kommune

- In Regensburg hat das dortige Bistum am vergangenen Freitag Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die dort von der Kirche zuvor noch geduldeten Menschen gestellt. Außerdem wurde die Versorgung mit Essen eingestellt. Die Rom*nja hatten die Anerkennung ihrer Fluchtgründe aus den „sicheren Herkunftsstaaten“ des Balkans gefordert. Nachdem die Polizei am Montag drohte, sie würde das Gebäude gewaltsam räumen wenn die Geflüchteten das Kirchengrundstück nicht verlassen würden, konnte sie danach davon sprechen, dass die Menschen freiwillig gegangen seien.
<http://www.br.de/nachrichten/oberpfalz/inhalt/pfarrheim-regensburg-fluechtlinge-raeumung-100.html> (08.08.16)
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fluechtlinge-in-regensburg-polizei-beendet-pfarrheim-besetzung-a-1106708.html> (08.08.16)
- Die Bundesrepublik Deutschland hat im ersten Halbjahr diesen Jahres 13.324 Menschen an der Grenze oder an Flughäfen abgewiesen. Das sind 50% mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.
<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fluechtlinge-in-regensburg-polizei-beendet-pfarrheim-besetzung-a-1106708.html> (09.08.16)
- Menschen türkischer Staatsangehörigkeit beantragen zunehmend Asyl in Deutschland, die große Mehrheit sind Kurd*innen. In der ersten Hälfte diesen Jahres ist deren Zahl mit 1.719 Asylsuchenden fast so hoch wie die Zahl für das gesamte Vorjahr. Die Anerkennungsquote für alle aus der Türkei einen Antrag Stellenden liegt bei 6,7%, im Vorjahr waren es noch 14,7%. Auf Nachfrage beim BAMF erklärt dies, es habe letztes Jahr mehr „einfach gelagerte Fälle“ gegeben.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluchtpunkt-deutschland-mehr-asylantraege-von-tuerken-vor-alle-m-kurden/13972192.html> (05.08.16)
- Seit Samstag ist die Vorrangprüfung für Geflüchtete, über deren Antrag noch nicht entschieden ist, in weiten Teilen Deutschlands ausgesetzt. Nach drei Monaten Aufenthalt wird nicht mehr geprüft, ob deutsche oder EU-Bürger*innen für den Job zur Verfügung stehen. Die Aussetzung ist Teil des im Juli verabschiedeten Integrationsgesetzes. Der DGB

kritisiert, dass die langen Entscheidungen über Asylanträge den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren würden. Vorzuziehen seien eine umfassende Arbeitsmarktberatung sowie der berufsbezogene Spracherwerb gegenüber dem schnellen Eingliedern der Geflüchteten in die Leiharbeitsbranche.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-08/fluechtlinge-arbeitsaufnahme-integrationsgesetz-vorrangpruefung-bundesregierung> (05.08.16)

- Zwei neue Gutachten zum Fall von Oury Jalloh bestätigen die nach wie vor offenen Fragen zu seinem Tod in einer Dessauer Polizeizelle, die Antwort auf die Fragen namens Mord ist nach wie vor nicht ausgeschlossen. Die Gutachten bezweifeln, dass die Matratze auf der Jalloh lag, ohne Brandbeschleuniger hätte Feuer fangen sollen, außerdem fehle DNA-Material am Feuerzeug des Toten, auch Stresshormone an der Leiche konnten nicht nachgewiesen werden. In Lunge und Magen hätte sich außerdem kaum Ruß befunden. Die Dessauer Staatsanwaltschaft reagiert mit einem nun dritten, in Auftrag gegebenen Gutachten bei dem das Geschehene nachgestellt werden soll. Mit einer Auflistung der bisher noch nicht beantworteten Fragen: <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/dessau/offene-fragen-zum-fall-jalloh-100.html> (03.08.16)
- Die Bundesregierung hat die Unternehmensberatung McKinsey beauftragt, Abschiebungen zu - so die offizielle Sicht - „verbessern“. Die Beratung kostet 1,86 Millionen Euro, der Auftrag wurde nicht ausgeschrieben. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-zahlt-mckinsey-millionen-honorar-fuer-abschiebetipps-a-1106264.html> (05.08.16)
- In Bamberg fand am vergangenen Wochenende ein Protestcamp unter dem Slogan Solidarity4All statt bei welchen Geflüchtete und sie beratende und unterstützende Organisationen zusammenkamen und von Demos bis Workshops ein breites Spektrum an politischem Handeln abdeckten. Konkret richtete sich der Protest gegen das in Bamberg befindliche Abschiebelager. Vorausgegangen war ein wochenlanges und bis ins Wochenende reichender Streit vor Gerichten um den Ort der Veranstaltungen sowie das Demonstrationsrecht. Die Sicherheitsbehörden begründeten dies mit nicht begründeten, und auch nicht stattgefundenen, Bedenken hinsichtlich von Gewaltausschreitungen. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/bamberg-protestcamp-in-bamberg-verlaeuft-absolut-friedlich-1.3111054> (07.08.16)
- Die Einstellung von 343 Mitarbeiter*innen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist laut Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach rechtswidrig, der Personalrat sei nicht eingebunden gewesen. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-hat-mitarbeiter-laut-urteil-rechtswidrig-eingestellt-a-1106318.html> (05.08.16)

Hintergrund und Meinung

- In der *NDR*-Dokumentationsreihe „7 Tage“ begleitet Nadia Kailouli die zivile Rettungsmannschaft der Organisation SOS Mediterranee. Die Organisation ist zwischen Libyen und Italien unterwegs und versucht in internationalen Gewässern, Fliehende vor dem Ertrinken zu retten. Die Menschen, die zunächst nach Libyen geflohen sind, berichten zudem von Inhaftierungen und Misshandlungen in dem Land. http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/7_tage/7-Tage-Retten-auf-dem-Mittelmeer,sendung545946.html (31.07.16)
- Ebenso eine *NDR*-Dokumentation: in „Protokoll einer Abschiebung“ wird mit kritischem Blick anhand von zwei Familien gezeigt, wie Ausländerbehörden und Polizei bei Abschiebungen vorgehen. Familientrennungen sowie krankheitsbedingte Hindernisse werden nicht beachtet, von individuellen Fluchtgründen ganz zu schweigen. Während der Innenminister

Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier, von der Umsetzung des Rechts spricht – schließlich gibt es ja „sichere Herkunftsstaaten“ - droht einer Familie, nun in Albanien, Obdachlosigkeit, Armut und Mord.

Dass auch Landesregierungen durchaus Spielraum haben und Bundesrecht hinsichtlich von Abschiebungen nicht ohne Weiteres blind und gehorsam zwecks Profilierung umsetzen müssen, zeigt das Beispiel Rheinland-Pfalz. Zwar wird auch hier Menschen geraten auszureisen und gegebenenfalls abgeschoben, doch unterstützt die Landesregierung dort die Ausreisenden mit Maßnahmen zur Existenzgründung im Herkunftsland. Nach Aussage der zuständigen Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, ist diese Maßnahme nicht nur menschlicher da keine traumatisierende Abschiebung erfolge sondern spare auch Geld, da keine teuren Polizeieinsätze organisiert und durchgeführt werden müssten.

<http://www.ardmediathek.de/tv/45-Min/Protokoll-einer-Abschiebung/NDR-Fernsehen/Video?bcastId=12772246&documentId=36888684> (Video, 01.08.16)

- Christoph Jakob von der *taz* wertet die Aufstellung eines Teams von Geflüchteten bei den olympischen Spielen in Rio de Janeiro als Geste. Von diesen gäbe es aber genug auch wenn diese nicht die Schlechteste sei um Aufmerksamkeit zu generieren. Doch auch Aufmerksamkeit gäbe es. Die internationale Gemeinschaft dürfe nicht dabei verharren, sich selbst zu feiern und das Team der Geflüchteten ideell aufzuladen sondern die Konflikte, die Menschen überhaupt erst zum Fliehen bewegen, zu beenden. Alles andere sei lediglich „kitschige Inszenierung“.
<http://www.taz.de/!5323902/> (05.08.16)
- Warum der Bundeswehreininsatz im Inneren recht sinnlos ist wenn doch eine Polizei vorhanden ist, erklärt technisch und strategisch Hauke Friederichs in der *Zeit*.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/innere-sicherheit-bundeswehr-soldaten-polizei-terror> (08.08.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe